

Reichswart

GRAF E. REVENTLOW

Bezugs-Preise:

Inland: vierteljährlich, durch die Post 3,-, im. durch Kreuzband 3,60 im. Ausg. B monatlich 1,10m
Deutschösterreich monatlich: 2 Schilling.
Ausland: Viertel, 1 Dollar.

Anzeigen-Preise:

Für die 10gespalt. Millimeter-Zeile 15 Goldpf. b. ganz Seite 600 Goldmark. Bei Plagioschrift entsprechend. Aufschlag. Rabatt nach Tarif.

Der „Reichswart“ erscheint jeden Sonnabend

Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart“ G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30, entgegen. Fernsprecher: Dönhof 8082. Postkassenkonto: Berlin 88714. Kontoverbindung: Volksbank für Wirtschaft, Berlin W 57, Blomstr. 101.

Unverlangt Manuskript. Ist Rückporto beizufügen

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 28

+

Berlin, den 10. Heumonds (Juli) 1926

7. Jahrgang

Inhalt: Eigentum und „Eigentum“. — Links und rechts. — Das neue Deutschland. — Die nationalen Eisenbahner beim Reichsbahn-Generaldirektor. — Theodor Geitz vor dem Schwurgericht. (Schluß.) — Beilage: Das Aufwertungsproblem. — Düstelung. — Aus der Bewegung. — Bücherchau.

Eigentum und „Eigentum“.

Nicht lange vor dem komtragischen Abschluß im Reichstage brachte die „Königliche Zeitung“ einen Appell an die Fürsten: sie möchten durch einen königlichen Akt dem Streit ein Ende machen und das deutsche Volk vor einer Vertiefung der Wirren und Zwiste, die sich um die Vermögensauseinanderkehrung gebildet hätten, bewahren. Das ist, von außen gesehen, ungefähre der gleiche Standpunkt, wie der, den der „Reichswart“ vor einer längeren Reihe von Monaten zum Ausdruck gebracht hat. Freilich muß man wiederholen: von außen gesehen! Es wäre etwas ganz anderes gewesen, wenn die Fürsten, wenn insbesondere Kaiser Wilhelm II. gleich und aus eigener Initiative einen weitgehenden Verzicht ostentativ erklärt hätte, anstatt zu warten, bis solange Zeit hindurch die Streitfrage so gut wie das ganze innerpolitische Leben in Deutschland beherrschte.

Die „Königliche Zeitung“, ein nationalliberales Blatt, stand vor dem Kriege demgemäß auf einem Standpunkte, den ich in meiner demnächst erscheinenden Schrift als den der „Entwicklungsmonarchisten“ bezeichnet habe; Entwicklungsmonarchismus hat in Anführungszeichen zu stehen. Das waren solche Leute in Deutschland, welche sagten: Die Monarchie, wie sie verfassungsmäßig damals in Deutschland war, könne normalerweise nur einen Uebergangszustand bedeuten, und zwar einen Uebergang zur parlamentarischen Monarchie, mit anderen Worten zur Republik mit monarchischem Charakter. Jene Richtung, die wir heute in dem führenden Teil der Volkspartei — mutatis mutandis — wiederfinden, verkörperte auch damals besonders ausgesprochen die Autokratie und den Kapitalismus überhaupt. Sie, die Richtung der „Königlichen Zeitung“, des Herrn Dr. Stresemann usw. ist nicht um wenigstens mit daran schuldig, daß Kaiser Wilhelm II. während seiner Regierungszeit nicht den einzigen Weg gegangen ist, der die Monarchie gesund erhalten und damit überhaupt gesund erhalten konnte: den sozialen Weg. Es steht diesen Herren mithin nicht besonders zu Gesicht, wenn sie in dem heutigen Streite eine königliche Tat, ein königliches Entgegenkommen von den Fürsten verlangen, nachdem sie selbst in früheren Jahrzehnten das Mögliche getan haben, um das Königtum aus Auffassungen und Handlungen der Fürsten sich nicht heraus entwickeln zu lassen und im Keim zu vernichten. Und warum wollen sie jetzt die königliche Tat? Damit der politische Streit im Innern aufhöre, jedenfalls nicht weiter um sich greife. Und dabei sind gerade sie die Träger und Repräsentanten des Kapitalismus in einer seiner widerwärtigsten Formen. Was anderes als der Kapitalismus hat aber bewirkt und bewirkt in jedem Augenblick, daß der Spalt, der das deutsche Volk in zwei Hälften teilt, sich nicht schließt, sondern verbreitert? Der Appell der „Königlichen Zeitung“, der gewiß nicht nur von ihr an die Fürsten, besonders an den Kaiser gerichtet worden ist, soll mithin letzten Endes nur dienen, um der kapitalistischen Schicht in Deutschland Ruhe zu schaffen, ihr ihre Herrschaft zu lassen. Die Heuchelei und Unwahrhaftigkeit ist genau die gleiche, wie vor dem Kriege, als diese Kreise dem Kaiser mit Drohungen und Phrasen in den Ohren lagen: Die „Entwicklung“ fordere, daß die Monarchie vom Parlament abhängig werde und daß der immer dem Kapitalismus dienende Parlamentarismus die oberste Autorität werde.

Der „Reichswart“ ist seinerzeit von einem ganz anderen Gesichtspunkt ausgegangen, als er sagte: es sei Sache der Fürsten gewesen, durch einen freiwilligen Akt eigener Initiative zu zeigen, daß ihnen über die Grenzen einer angemessenen Lebenshaltung hinaus Verlangen nach Geld und Besitz abginge. Vertreter der Rechten haben damals dieses Ansinnen mit Bitterkeit und Entrüstung getadelt. Ein solches Verhalten würde, rein praktisch betrachtet, die Stellung und Aussichten der Fürsten im Vermögensstreit ganz außerordentlich gebessert, sie würde auch dem monarchischen Gedanken gedient haben, und — wenn man diesen bis auf weiteres in Deutschland nicht mehr gelten lassen wollte, — das Andenken an die Monarchien und an die letzten sie vertretenden Personen in eine höhere Sphäre gehoben haben. Für diejenigen, welche Rückkehr der Monarchie, insbesondere des Hohenzollernhauses, auf den Thron für eine Frage praktischer Politik halten, hätte ein solcher Abschluß das Wünschenswerte sein müssen. Man hat anstatt dessen nach außen hin starr den Standpunkt vertreten, es handle sich um eine Rechtsfrage, um nichts als eine solche. Der „Reichswart“ hat diesen Standpunkt von dem Augenblick an, wo die Frage auftauchte, bekämpft, denn sie ist in der Tat, unbeschadet ihrer rechtlichen Seite, eine soziale Frage. Dieser ihr politischer Charakter läßt sich durch keine Hervorhebung der in ihr enthaltenen Rechtsfrage aus der Welt schaffen. Die äußerste Linke leugnete

die Rechtsfrage überhaupt, oder aber stellte sie, wie die Sozialdemokratie, beinahe ganz in den Hintergrund. Beide Parteien haben den wertvollen Agitationsstoff von vornherein erkannt. Dahinter stand, besonders bei den Sozialdemokraten, die Befürchtung, die Fürsten könnten soviel Geld und Besitz erhalten, daß sie damit eine „Hausmacht“ in Deutschland behielten und genug mobiles Kapital, um eines Tages mit Erfolg die Erneuerung ihrer Herrschaft und Herrscherstellung anzubahnen und zu erreichen; man fürchtete davon auf alle Fälle eine Stärkung des Monarchismus in Deutschland. Es scheint, daß auf der Rechten eine ähnliche Auffassung, vom umgekehrten Ende gesehen, vorhanden gewesen ist, vielleicht noch besteht. Wären die Fürsten und ihre Anhänger vom monarchischen Standpunkt aus klug gewesen, so hätten sie hier die Gelegenheit gehabt, die Ungerechtigkeit der anderen Sache und des Vorgehens der Linken in ein helles Licht zu stellen und gerade dadurch zu erreichen, was die gesamte Linke verhindern wollte, Stärkung des monarchistischen Gedankens. Freilich, wie gesagt, freiwilliger materieller Verzicht war dazu die Voraussetzung.

Der Führer der Rechten hat noch am letzten Tage im Reichstag mit erhobener Stimme erklärt: Der monarchische Gedanke in Deutschland werde weiterleben. Wir wollen in keine Prophetenkonkurrenz eintreten. Wer aber ohne Vorurteil die Vergangenheit, auch die allerneueste, durchmuster, wird sagen müssen, daß der monarchische Gedanke im Laufe der letzten Jahre zum mindesten nicht zugenommen hat, besonders auch nicht auf der nationalen Seite, und daß das Verhalten der monarchischen Rechten während der Monate des Streits über die Fürstenvermögen, alles was getan werden konnte, getan hat, um den monarchischen Gedanken zu schwächen, ferner um die Abneigung gegen die Persönlichkeiten der Fürsten zu erhöhen und ihr Nahrung zu geben.

Vom völkisch-sozialen Standpunkt gesehen, können wir, auch jetzt im ganzen zurücksehend, den Streit um die Fürstenvermögen keineswegs als ein Ereignis erster Ordnung an sich einschätzen. Uns steht die monarchische Frage lange nicht in erster Linie, wir glauben außerdem, daß hier schon wiederholt dargelegt ist, daß sich die monarchistische Rechte über den Stand der Aussichten für ihre Ziele täuscht. Außerdem halten wir es für einen Sehfehler, wenn man die nationale, bzw. die völkische Zukunft des deutschen Volkes schlechthin durch die Brille der monarchischen Frage betrachtet und beurteilt.

Dem Volksbegehren, bzw. dem Volksentscheid hat die völkische Arbeitsgemeinschaft im Reichstage zunächst den unsern Lesern bekannten Antrag auf Enteignung der „Bank- und Börsenfürsten“ usw. entgegengestellt, und an einem der letzten der Sitzungstage noch die folgende Entschiedenheit der Fraktion:

- „Der Reichstag möge beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach
1. das Vermögen der seit 1. August 1914 zugezogenen Ostjuden und sonstigen Fremdstämmigen, sowie der öffentlichen Einfluß ausübenden jüdischen Großunternehmen (z. B. Mosse, Ullstein) ohne Entschädigung enteignet,
 2. der seit 1. August 1914 durch Kriegs-, Revolutions-, Inflations- oder Deflations-Gewinne erworbene Vermögenszuwachs eingezogen wird, und
 3. die Kreditbanken in die öffentliche Hand übergeführt werden.“

Beide, der Antrag und die Entschiedenheit bedeuten zweierlei: erstens, daß wir eine Enteignung der Fürsten als ein Unrecht ansehen, das ins rechte Licht tritt durch den Vergleich mit der Forderung der sozial gerechtfertigten Enteignung der Bank- und Börsenfürsten und anderer Volksparasiten. Die nachherige Entschiedenheit steht auf derselben Ebene, die Beispiele Mosse und Ullstein sind hier besonders sprechend. Diese Firmen versteuerten jährlich fünf bis sechs Millionen Mark, woraus sich die beiden lehrreichen Fragen ergeben: aus welchen Taschen kommen diese ungeheuren Beträge, wozu werden sie gebraucht, wie beeinflussen diese großen jüdischen Zeitungsunternehmen die deutsche Bevölkerung, die Politik und die Wirtschaft des Staates? — Der Hauptzweck des Antrages und der Entschiedenheit jedoch ist, den Gedanken der Enteignung des unrechten Guts in Deutschland volkstümlich zu machen. Mögen derartige Anträge, Entschiedungen usw. parlamentarisch vorläufig ausichtslos sein, so ist ihre erziehlische Wirkung nicht hoch genug anzuschlagen. Sie soll die Bevölkerung immer wieder auf die Tatsache lenken, daß unrecht Gut gedeiht in Deutschland. Alle, die es besitzen, sollen enteignet werden, ob Deutsche oder Juden, aber die Ungeheuerlich-

keit dieses Zustandes tritt besonders anschaulich darin hervor, daß die volksausaugenden Betriebe der verschiedenen Art eben durchweg in jüdischer Hand liegen und die betreffenden Unternehmen durchweg von Juden geführt werden. Der Gedanke einer Enteignung der Juden wurde noch vor gar nicht langer Zeit nicht ernst genommen, man zuckte die Schulter und fand solche „Hirnverbrante“ Dinge nicht der Besprechung wert. Heute wird der Gedanke dank der völkischen Aufklärungsarbeit überall in Deutschland sehr ernst genommen, nicht zum wenigsten von den Juden selbst. In der Judenpresse der Vereinigten Staaten hat man mit großem Ernst von unseren völkischen Anregungen dieser Art geschrieben. In der deutschen Bevölkerung ist auch heute noch vielfach die Scheu vor dem Ungewöhnlichen etwas hinderlich, aber das ist nur ein Grund mehr für uns, immer wieder den Gedanken einzuprägen, und zu zeigen, daß er gerecht, sozial und auch durchführbar ist und eines Tages durchgeführt werden wird.

Die Kämpfe um die Fürstenvermögen haben, immer von unserem Standpunkte gesprochen, den Vorteil gebracht, die politische Lage zu beleuchten und auch zu klären, wie im folgenden Aufsatz skizziert werden soll. Die Frage selbst ist bis zum Herbst vertagt worden. Wir wissen nicht, in welcher Form sie dann erscheinen wird. Wohl aber läßt sich sagen, daß die völkische Arbeitsgemeinschaft des Reichstages dann eine weniger grundsätzliche und eine mehr gegenständliche Stellung wird nehmen müssen.

Links und rechts.

Die Kommunisten trauern, weil der Reichstag nicht aufgelöst worden ist, und haben in ihrer Trauer für sich vielleicht recht. Die kommunistische Partei fühlt sich unbehaglich. Ihre Führerschaft wird durch Zwifligkeiten zerrissen, Mostau mischt sich diktorisch ein, im Lande ist man sich vielfach nicht über die Agitationsmethoden, nicht über die Parolen einig, und das Mecklenburger Wahlergebnis war schlecht. Auflösung des Reichstages und Neuwahlen im Zeichen des Streits um die Fürstenvermögen wurde in den kommunistischen Kreisen als Sanierungsmittel für die Partei angesehen. Bekanntlich ist der Gedanke eines Volksentscheids von der kommunistischen Partei ausgegangen. Man hoffte da auf einen ganz großen Propagandazug, dessen letzten Teil Neuwahlen für den Reichstag zu bilden hätten. Die Sozialdemokratie begriff gleich, daß der Fischzug auf ihre Kosten gehen sollte und beschritt schleunigst den nicht ungewöhnlichen Weg, sich in dieser Frage mit den kommunistischen Konkurrenten zu fusionieren. Sie hat das wohl in der Hauptsache nur aus Angst getan, denn mit dem sogenannten Herzen waren jedenfalls die Intelligenteren der sozialdemokratischen Führer nicht bei der Sache. Ebenso war die Fraktion gespalten, als es sich nun zuletzt um Annahme oder Ablehnung des Fürstenkompromisses handelte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die geistigen Führer für richtiger gehalten haben, daß die Fraktion dem Kompromiß zustimme. Sie sind in der entscheidenden Fraktionsitzung aber unterlegen, und die Folge war, daß die Auflösung des Reichstages nicht erfolgte. Es ist möglich, daß die Drahtzieher der Fraktion bewußt auf dieses Ergebnis hingesteuert und dadurch zustande gebracht haben, daß eben der Teil der Fraktion, der für Auflösung war, und sich nicht radikal genug sein konnte, in unfreiwilligstem Humor durch seine Abstimmung gegen das Kompromiß die Auflösung verhindert hat. Die Regierung würde aufgelöst haben, wenn die Sozialdemokratie für das Kompromiß und nur die Deutschnationalen dagegen gestimmt hätten. Nun stimmten beide dagegen und zwar aus entgegengesetzten Standpunkten. So konnte die Regierung sagen, sie habe unter diesen Umständen keine Wahlparole ausgeben können. In Wirklichkeit war das Kabinett aus den verschiedensten Gründen der Auflösung jekt abgeneigt und der Reichspräsident ebenfalls.

Die Leser des „Reichswart“ wissen, daß während der ganzen Zeit, von der Agitation für das Volksbegehren, über den Volksentscheid, bis zur Ablehnung des Kompromisses die gesamte Rechte zum Feldgeschrei gewählt hatte: die hinter dem Volksentscheid stehenden Parteien täten damit nur den ersten Schritt zur Enteignung des Privateigentums überhaupt. Hierin fanden sich die Deutschnationalen mit der Volkspartei, außerdem ist auch hier und da in völkischen und nationalsozialistischen Kreisen diese Auffassung geteilt und propagiert worden. Ich hielt und halte sie sachlich für unrichtig, und besonders auch taktisch für falsch für uns Völkische. An erster Stelle des völkischen Programms steht der Schutz des Privateigentums, aber unsere Auffassung in diesem Punkte deckt sich gleichwohl nicht mit derjenigen der kapitalistischen Parteien. Gerade die völkisch-soziale Bewegung könnte nichts dagegen

Reichswartleser!

Deckt Euren Bücherbedarf durch die Buchverhandlung des „Reichswart“, Berlin SW 11, Bernburger Straße 30 (Postkassenkonto Berlin 88714). — Bei Voreinsendung portofrei, sonst gegen Nachnahme.